

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt C. 1070 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzeitungsliste Nr. 3164

Die Wirtschaftsordnung der Zukunft.

In Dezemberheft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“ veröffentlicht Edgar Zaffé eine höchst instruktive Abhandlung über den „treibenden Faktor in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“.

In eingehender Weise schildert der Verfasser die Entwicklungsstadien der kapitalistischen Wirtschaft, die sich aus dem System der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus auswächst, in welchem er die Uebergangsstufe zu einer neuen Wirtschaft, der Gemeinwirtschaft auf sozialer Grundlage, erblickt. Nach der Meinung Zaffés bedingt der Kriegsausbruch diese Entwicklung ganz erheblich, er führt unser Wirtschaftsleben einem wichtigen Wendepunkt entgegen.

Rein ökonomisch betrachtet — schreibt Zaffé — ist das System des Kapitalismus möglich sowohl auf der Grundlage der freien Konkurrenz wie auf derjenigen des Monopols. Ja, wir möchten annehmen, daß das letztere sogar die geeignetere Form sei, da sie die Möglichkeit gibt, die einmal gegebene Einkommensverteilung zu verewigen. Ein Industriefeudalismus ist also rein ökonomisch nicht nur möglich, sondern als Resultat der sich selbst überlassenen wirtschaftlichen Entwicklung sogar wahrscheinlich.

Wir können diese Gefahr — und daß es eine ungeheure Gefahr für unsere ganze Kultur wäre, unterliegt wohl keinem Zweifel — aber bereits als überwunden ansehen. Die Stufe des Monopols erweist sich als ein Uebergangsstadium zu völlig neuen Formen der wirtschaftlichen Organisation. Dadurch, daß die Bedrohung des Unternehmergewinns das System der freien Konkurrenz in sein Gegenteil verwandelt, überschreitet die Bewegung die Grenze, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst gesetzt ist. Der treibende Faktor dieser Ordnung reißt sie über sich selbst hinaus einer neuen Zukunft entgegen, aber nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen. Entscheidend wirkt letzten Endes nicht die immanente Naturgesetzmäßigkeit des Wirtschaftssystems, sondern das auf bestimmte Ziele gerichtete Wollen der Menschen.

Die wirtschaftliche Entwicklung steht nicht allein, sie vollzieht sich nicht allein, sie vollzieht sich nicht sozialagen im luftleeren Raume, sondern sie ist aufs engste verknüpft, steht in ständiger Wechselwirkung mit der Entfaltung des ganzen politischen und sozialen Lebens. Diese aber ist in der alten wie in der neuen Welt zu weit fortgeschritten, als daß die Benennung der modernen Völker unter einen Industrie- und Wirtschaftsfudalismus noch möglich oder auch nur denkbar

erschiene. Dazu sind die Spannungen und Widerstände zu groß, irgendeine dauernde Bindung des modernen Lebens auf einer einmal erreichten Stufe zu aussichtslos. Und was das Merkwürdigste ist, diese Widerstände und Spannungen gehen nicht lediglich von einer Seite aus, sondern es erwachsen der Bewegung Helfer von rechts und von links, von oben wie von unten.

In den Vereinigten Staaten hat der wachsende Widerstand des alten demokratischen Gedankens auf Seiten der Intellektuellen wie des gewerblichen und des agrarischen Mittelstandes die ganze Nation gegen das Ueberwuchern von Trust und Monopol ins Feld gerufen. Zuerst verfuhrte man dem Trustprinzip den Boden abzugraben durch strikteste Aufrechterhaltung des überlieferten Grundgesetzes des freien Wettbewerbs, der ja sogar in die Verfassung der Vereinigten Staaten übergegangen ist (Against restraint of trade). Der Versuch ist gescheitert und mußte scheitern, denn das Rad der Geschichte läßt sich nicht rückwärts drehen. Jetzt beginnt man ähnelnd dem Beispiel Deutschlands zu folgen und das private Monopol zu erheben durch Eingriff des Staates (Panama-Kanal, neueste Panzergeschwindigkeit).

In England, dem Geburtslande des Ideals des freien Wettbewerbs, hat die Monopolgestaltung bisher nur verhältnismäßig geringfügige Fortschritte machen können, besonders, weil der Individualismus auch auf wirtschaftlichem Gebiete zu stark war und ferner die Hilfe des Schutzzolles fehlte. Um so überraschender ist die plötzliche Entfaltung gemeinwirtschaftlicher Ideen, wie sie der sozialen Gesetzgebung der liberalen Ära und speziell des Schatzkanzlers Lloyd George zugrunde liegt. Gehen doch die neuesten Maßnahmen auch prinzipiell weit über das hinaus, was in Deutschland auf diesem Gebiete Vorbildliches bereits geschaffen worden ist, so besonders in der Frage der Festlegung von Minimumlöhnen, ebenso wie in dem großzügigen Plane der Verstaatlichung des Grund und Bodens, der allerdings noch der Ausführung harret.

Wir sagten: nach dem Vorbilde Deutschlands, denn Deutschland ist das Land, das den neuen Weg zuerst betreten hat: Uebernahme der Monopole in Besitz und Verwaltung der Allgemeinheit. Das bedeutet aber zugleich Ausdehnung der kapitalistischen und Erbs derelben durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung. Der Beginn wurde gemacht mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der staatlichen Arbeiterversicherung, der Beteiligung des Staates an der industriellen Betätigung (Kohlen- und Stahlbergbau), durch das

geplante Petroleum- und Branntweinmonopol u. a. m. Dazu tritt die gerade in Deutschland besonders stark ausgebildete wachsende wirtschaftliche Tätigkeit der *Sto m m e n* (Wasser, Gas, Elektrizität, Trambahnen), der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen usw.

Allerdings: Die prinzipielle Bedeutung dieser Entwicklung wird noch nicht überall klar erfasst. Zum Teil übernehmen Regierung und Volksvertretung diese neuen Aufgaben nur unter dem Druck der Verhältnisse. Sie betonen immer wieder, daß eine Ausdehnung auf weitere Betriebe möglichst vermieden werden müsse, sie wollen die „freie Konkurrenz“ nicht antasten, die ja in Wahrheit schon nicht mehr vorhanden ist. Aber die Bewegung ist im Zuge, und ihre prinzipielle Anerkennung wird nicht lange mehr aufzuhalten sein. Je stärker die Monopole werden, um so mehr muß sich alles von ihnen bedroht und bedrückt fühlen! Ist doch z. B. die sozialistische Forderung der Verstaatlichung aller stollenbergwerke bereits im preussischen Herrenhause von ultra-konservativer Seite befürwortet worden.

Letzten Endes, so meint Dr. Jassé, gehen die Forderungen fast aller Parteien auf wirtschaftlichem Gebiete auf das Nihilische heraus: die konservative Idee des sozialen Königtums und der Allmacht des Staates auch auf wirtschaftlichem Gebiet, die mittelständlerischen Zunftideen und die in diesen streifen lebendige Abneigung gegen den freien Wettbewerb wie gegen private monopolistische Uebermacht, die auf christlich-katholischer Basis ruhende Wirtschaftsanschauung des Zentrums, der Kampf der Sozialisten gegen Ausbeutung der Arbeiter durch gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen, überall finden wir Kräfte am Werk, die sich — heute noch einander bekämpfend — zusammenschließen müssen gegenüber der Gefahr eines neuen Feudalismus auf privatrechtlich-monopolistischer Grundlage.

Damit ist die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den führenden Ländern schon über diese privatwirtschaftliche Grundlage hinausgedrängt und genötigt, sich neue Grundlagen zu schaffen. Wo der freie Wettbewerb ausgeschaltet wird, wo an die Stelle des privaten das öffentliche Monopol tritt, da ist der Unternehmergewinn verschwunden, zugunsten der Allgemeinheit mit Verschlag belegt. Da ist aber auch der Kapitalismus tot, denn er lebt von nichts anderem als eben vom Unternehmergewinn. Mit diesem und um dieses willen ist er entstanden, mit ihm muß er von der Wildflaute verschwinden. Unser Wirtschaftssystem ist hiermit an einem Wendepunkt angelangt, von dem aus die Weiterentwicklung nicht mehr wie bisher von rein ökonomischen, sondern — in entscheidender Weise — von sozialen und politischen Kräften bestimmt und beeinflusst wird.

Gerade in diesem Augenblick der gekennzeichneten Entwicklung erleben wir das allergrößte und politische Ereignis: den Ausbruch des Weltkriegs, der — gerade weil er, wie jeder Krieg, vor allem politischer Natur ist — auch das Wirtschaftsleben in weitgehendstem Ausmaße politischen Zwecken unterzuordnen genötigt ist. Während aber alle früheren Kriege seit 1815 das Wirtschaftsleben der Kriegführenden und der Neutralen nur nebenher beeinflussten, sind in diesem Kriege die finanziellen wie die rein wirtschaftlichen Kämpfe von fast ebenso großer Bedeutung wie die militärischen. Damit treten an das Wirtschaftsleben Anforderungen heran, denen das System des freien Spiels der Kräfte nicht gewachsen ist. Ueberall, wo dieses System nicht sofort

durch bereitgehaltene gemeinwirtschaftliche Maßnahmen gestützt wurde, hat es völlig verlegt und wir sind gezwungen, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um schleunigst auch auf diesen Gebieten das privatwirtschaftliche durch das System der Gemeinwirtschaft zu ersetzen. An die Stelle des Wahlpruchs „Jeder für sich und Gott für uns alle“ tritt das Wort „einer für alle und alle für einen“.

Was das für die Zukunft auch des sozialen und wirtschaftlichen Lebens bedeutet, das können wir heute höchstens in unsicheren Umrissen ahnen. Eines aber ist gewiß: Nach diesem Kriege, im kommenden Frieden wird unser Wirtschaftssystem nicht mehr das gleiche sein wie vorher. Ob wir wollen oder nicht, der Krieg wird auch hier einen ungeheuren Aufbruch nach vorwärts bedeuten und dieser Fortschritt kann kein anderer sein als der auf dem Wege der Gemeinwirtschaft.

Wir haben in vorstehendem die Gedankenänge Dr. Jassés rein referierend wiedergegeben. Von unserer Seite wäre dieser Schilderung innerlich mancherlei gegenüberzustellen. Zunächst glauben wir, der Privatkapitalismus wird unmittelbar nach dem Kriege nennenswert aufzutreten und den Kampf gegen die gemeinwirtschaftlichen Tendenzen innerhalb unserer Wirtschaft wieder aufnehmen.

Es gilt daher für die Gewerkschaften wie für die Konsumgenossenschaften auf der Hut zu sein, alle Kräfte anzupressen, die Reserven zu stärken, um nach dem Kriege ungeschwächt den Kampf zur Sozialisierung der Gesellschaft weiterzuführen, um das gesteckte Endziel, die Gemeinwirtschaft, zu erreichen.

Was z. B. heute unter dem Druck der militärischen Notwendigkeiten geschieht, darf nicht ganz spurlos verdrin- den. Vielleicht sind die Kriegsmassregeln der Autarkie zu prinzipiellen Neugestaltungen, deren Umfang noch nicht abzusehen ist. Darüber wird im nebenstehenden Artikel Winnigs einiges sehr Interessante gesagt, auf das wir besonders verweisen.

Anderes freilich ist die Frage, ob die gemeinwirtschaftliche — oder wie man früher sagte — staatssozialistische Monopolisierung weiter Industriezweige nun für die Arbeiterschaft eine wesentliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Position und Freiheit im Gefolge haben wird!

Nach den von uns in Gemeinde- und Staatsbetrieben doch wahrlich reichlichen Erfahrungen stehen wir solchen Erwartungen sehr, sehr skeptisch gegenüber! Es wäre verlockend, in diesem Zusammenhang ein breites Kapitel aufzurollen über diese Dinge. Leider läßt es der „Durafrieden“ nicht zu. Außerdem wird die Zeit kommen, wo wir wieder frei von der Leber weg reden dürfen und diesen an sich sehr wichtigen und interessanten Zukunftsfragen unsere volle Aufmerksamkeit schenken können.

So bleibt auch hier am Ende die realpolitische Erkenntnis: Ob beschleunigte Monopolisierung der Wirtschaft durch Gemeinde und Staat oder errenntes „Aufblühen“ der privatkapitalistischen Profitmonopole, die Arbeiterschaft und weite Kreise des Volkes müssen zur Sicherung und Veiherstellung ihrer Lebenshaltung die gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen weiter ausbauen.

Sie allein gewährleisten den fächeren zielbewußten
Kulturaufrüstung der deutschen Arbeiterklasse.

Unsere Zukunft.

(Der Zufall will es, daß wir — gewissermaßen als Ergänzung und andersartiger Beleuchtung des heutigen Leiters — den nachfolgenden sehr beachtenswerten Artikel A. Winnigs aus der „Ebenener Volksstimme“ abdrucken können. Wenn der eine oder andere Leser die goldbilderte „Zukunft“ als „gar zu resign.“ anziehen sollte, so wäre wohl darauf zu erwidern, daß wir in diesen schwarzen Zeiten ohnehin genügend „Schwarzleber“ haben, so daß uns Lichtblicke wohl einmal zu gönnen sind. Jedenfalls ist es für Männer natur — und das sollen wir Gewerkschafter doch sein! — richtig, unser Ziel und unser Wollen zu konzentrieren auf Forderungen und Wünsche, die in der Richtung der Entwicklungsmöglichkeiten liegen, anstatt endlos zu Hagen am Grabe unserer Hoffnungen. (L. Med.)

Deutschland hat nach dem Kriege weniger Menschen und weniger Geld. Riesige Summen sind während des Krieges ins Ausland geflossen. Freilich lange nicht so große wie zu Kriegsenden; aber was während des Krieges ins Ausland floß, und fließt, wird durch seinen Nachfluß wieder ausgeglichen oder auch nur wesentlich gemindert. Was in der Kriegszeit an deutschem Gelde nach dem Ausland ging, ist nahezu reiner Verlust, verursacht durch den harten Verbrauch des deutschen Heeres. Wir haben, wenn auch in geringerer Umlauf, Waren eingeführt, aber so gut wie nichts ausgeführt. Deutschland ist ärmer geworden. Dazu kommen die Verluste nach wie vor geschädigten, aber sicher sehr hohen Verluste des auswärtigen Handels bei Ausbruch des Krieges. Die meisten der deutschen Heberiedampfer, die Anfang August auf dem Weltmeere schwammen oder in fremden Häfen lagen, sind von England oder Frankreich gekapert und beschlagnahmt worden, und die Verluste, die die deutsche Volkswirtschaft dabei erlitten hat, laufen sicherlich zu einigen hundert Millionen zusammen. Viele Millionen an Werten sind durch die Verwüstungen der feindlichen Seeere in Preußen und im Reichslande vermindert worden. Dazu hat die Arbeitskraft von mehr als fünf Millionen Männern im hohen Schiffsalter lange Zeit trab gelassen, ihr Unterhalt wie ihr Bedarf an Kriegsmaterial mußte aus dem Volkseinkommen gedeckt werden; das Reich ist in eine Schuldenlast hineingeraten, deren Verzugsumme allein Jahr für Jahr eine Milliarde oder mehr erfordert wird. Zwei dies, Aufzählung läßt uns die Größe und Schwere der künftigen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Aufgaben erkennen. Aber bei alledem fehlt noch ein gewichtiger Punkt: Die Veteranenfürsorge wird auf Jahre hinaus alljährlich Anwendungen in Millionen betragen, und diese Anwendungen werden um so größer werden, je länger der Krieg dauert. Es gehören wirtschaftliche Anstrengungen; bedeutender Art dazu, um diesen gewaltigen Bedarf wieder gutzumachen. Das wird um so schwerer werden, je mehr jetzt durch den Krieg die alten Handelsbeziehungen zerfallen sind und je mehr der Krieg an menschlicher Kraft verjährt und mangelnderingelast vernichtet. Das eröffnet Aussichten, die uns zeigen, daß das deutsche Wirtschaftsleben selbst bei sehr frühzeitigem Ausgange des Krieges ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden haben wird.

Was! drängt sich da die Frage auf, ob hierin nicht der zwingende Anlaß gegeben ist, zu einer anderen, wirklichen und höheren Organisation des Wirtschaftslebens überzugehen, zu einer Organisation, die eine bessere Verwertung der wirtschaftlichen Kräfte des Volkes ermöglicht; zur Sozialisierung des Wirtschaftslebens. Welche übertragende Bedeutung könnte dadurch dieser Krieg für den Ablauf der soziologischen Perioden erlangen!

Dem ganz gleich wie der Ausgang des Krieges sein mag — die politische Zukunft des deutschen Volkes ist nach ihm nicht mehr anders denkbar als unter einer zielbewußten Demokratisierung des öffentlichen Lebens.

Diese Gedanken mögen optimistisch und lässig erscheinen. Das heute lebende deutsche Volk hat bis auf den Krieg seine Organisation von erheblicher Größe erlebt. Selbst die erschaudernde und so schmerzliche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft hat sie in höherer Umlauf führen vollzogen. Wir hatten uns an sie wie an eine Selbstverständlichkeit gewöhnt und wurden im Trance der uns schließlichen Tagekämpfe ihres revolutionären Charakters nicht recht mehr. So starr uns der Ablauf der Dinge in Politik und Wirtschaft an eine ruhige Gesetzmäßigkeit gebunden zu sein, um daraus erkennen uns Möglichkeiten, wie sie hier angedeutet sind, als unerkundbar und fantastisch. Es heißt aber hier zwei unbeherrschbare Tatsachen ins Auge zu fassen und zu überdenken: zum einen die Tatsache, daß wir der für das deutsche Wirtschaftsleben bedeutsamen Zeit zum ändern die jetzt allen augenfällig ge-

wordene Bedeutung der Masse des Volkes als tragende und erhaltende Kraft des Volksganzen.

Deutschland wird nach dem Kriege für den Zinsen- und Schuldentilgungsdienst und für die Veteranenfürsorge, gering gerechnet, Jahr für Jahr drei bis dreieinhalb Milliarden aufzubringen haben. Diese riesigen Summen müssen neben den sonstigen Bedürfnissen des Reichshaushalts aufgebracht werden, sie sind für den einen wie für den anderen Zweck unabweisbar notwendig. Damit kommen wir zu einem Geldbedarf des Reiches, der mit den alt hergebrachten Mitteln (Zölle, Steuern) unmöglich zu befriedigen ist. Das Mittel, womit das Reich diesen Verpflichtungen gerecht werden kann, ist die Verstaatlichung großer Produktionszweige. Solche staatssozialistischen Maßnahmen liegen heute, nach der Wiedernahme der Getreidevorräte, nach der staatlichen Regelung des Brotverbrauchs, nach der Schaffung des Strohmonopols keineswegs mehr in der Sphäre des Unfassbaren und Unmöglichen. Wie der Druck der Kriegszeit die Staatsmänner zu Eingriffen gezwungen hat, die in der Richtung der Sozialisierung des Wirtschaftslebens liegen, so wird sie auch die Notlage des Reiches bei der Erfüllung der unabweisbaren finanziellen Verpflichtungen zwingen, die unangenehm gewordenen Wege der Wirtschaftspolitik zu verlassen und die Wege zu beschreiten, die allein zu Gesundheit und zu neuer Kraft führen können.

Deutschland kann aber auch dann nur zu neuen Höhen staatlichen und wirtschaftlichen Lebens emporsteigen, wenn es die Hemmnisse beseitigt, die der Zusammenfassung aller Volkskräfte zu einem Ganzen bisher im Wege standen. Diese Hemmnisse bestehen vornehmlich in der Abwertung der zahlreichen Klasse des Volkes, des Proletariats, von der Teilnahme an der Leitung und Verwaltung des öffentlichen Lebens. Kein aufmerksamer Mensch kann heute verkennen, daß dieser Umstand die Stellung Deutschlands in der Welt und in diesem Weltkriege sehr nachteilig beeinflusst hat. Die hülfe und unfreundliche Haltung, die die Bevölkerung in fast allen neutralen Ländern dem Deutschen Reich gegenüber einnahm, ist allermehr dem tiefen Ruine geschuldet, der dem Deutschen Reich wegen des reaktionären Kurzes seiner inneren Politik anhaftete. Auch nach dem Kriege wird Deutschland nicht so leicht sein, daß ihm die Meinung des Auslandes gleichgültig sein dürfte. Heute halt es in der ganzen Welt wider: Barbaren! Wieviel Schuld tragen daran die gegen die Masse des Volkes geführte Apathiepolitik und das Unterregiment in Preußen? Deutschland breudt für seine wirtschaftlichen und politischen Zukunftsziele die Achtung und die Sympathie der Völker. Wie soll ihm diese werden, wenn es nach Methoden regiert wird, die die ganze europäische Welt, Ausland ausgenommen, rüchändig und reaktionär nennt? Deutschland braucht Vertrauen zu seiner Kraft und Festigkeit. Aber wo soll dies Vertrauen herkommen, wenn alle Welt weiß, daß die zahlreichste Klasse des Landes wegen ihrer Rechtslosigkeit in Todesfeindschaft zum Staate steht? Die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ist an die Herbeiführung freizeitlicher Zustände im Innern gebunden.

Die deutsche Arbeiterklasse verteidigt heute mit Hingebung die Sache ihres Landes. Aber sie tut es nicht wegen der Haltung der herrschenden Gewalten, sondern trotz deren Haltung. Deutschland ist stark nicht inwolge, sondern trotz des reaktionären Anspruchstums. Es ist stark, weil sich trotz der Herrschaft reaktionärer Doktrinen und Gruppen die edeln Kräfte des Volkes durchsetzen, weil sie trotz alledem ihre schöpferische Gewalt in freie Neubildungen umgesetzt haben, die als die Elemente eines neuen Deutschland dem Volks- und Staatsbegriff einen Inhalt geben, der aus der Masse des Volkes würdig erscheint, Gut und Blut dafür zu opfern. Dieser Geist der Masse ist es, der des Landes Stärke ausmacht. Wie ist die letzten entscheidende Bedeutung der Masse für das Werden der Nation so immensallig geworden wie in diesem Kriege; wer sich in dieser Zeit nicht von der grundlegenden Bedeutung der Masse für die Stellung der Nationen in der Welt überzeugt hat, der wird nie davon zu überzeugen sein. Freilich muß man zugeben, daß Geist und Haltung der Masse niemals früher so ausschlagehend für das Schicksal der Nationen gewesen sind wie heute. Die dumpe und stumpfe, in blindem Gehorsam trottelnde Masse gebot für Deutschland auf immer der Vergangenheit an. Die kapitalistische Wirtschaft hat mit ihren Konzentrationen eine neue Masse geschaffen. Allgemeine Schulspflicht, Presse, Freizügigkeit, Organisationswesen und selbst die allgemeine Wehrpflicht haben der toten, triebmäßig dabinlebenden Masse früherer Zeiten ein heißes Leben eingebracht. Sie ist sozial und geistig in Bewegung gesetzt und durch Entwicklung und Willen aus einem Objekt zu einem Subjekt der Politik geworden. Zugleich hat der industriell-kommerzielle Wandel der

Völker untereinander auch einen gesteigerten politischen Wettbewerb entstehen lassen, in dem jedes Volk vertreten sein muß, seine ganzen Kräfte und sein ganzes Können in die Waagschale zu werfen. Ein Staat, der es durch seine Politik verabsäumt, alle Kräfte seines Völkerebens für seine Ziele in der Welt wirksam zu machen, ein Staat, in dessen Innern der Konflikt zwischen Masse und Staatsgewalt gärt, muß in diesem Wettbewerb auf die Dauer unterliegen. Die zwiespältige Auffassung, die wir heute in der Arbeiterbewegung, der Widerstand eines Teils der Bewegung gegen die Haltung der offiziellen Vertreter und Organe ist die Folge der inneren deutschen Politik, die im großen ganzen die Unfreiheit und Rechtlosigkeit der Masse zu erhalten bemüht war. Das sollten alle erkennen, die langfristig in der Politik gehaltend tätig sein wollen. Es ist nicht das Verdienst der Regierenden, wenn dieser Widerstand zu schwach ist, um sich durchzusetzen, es ist das Verdienst der aufbauenden Kräfte der deutschen Arbeiterbewegung, die durch ihr wirtschaftliches und politisches Wirken jene Elemente eines neuen Deutschland schufen, in denen die Masse heute das Stück deutscher Zukunft sieht, das ihr den Geist und die Kraft zum Durchhalten verleiht.

Soll die Zeit nach dem Kriege auch nur einen Teil der Wünsche unserer Staatslenker erfüllen, so gibt es auf die Frage nach dem künftigen Schicksal der inneren Politik nur eine Antwort: Das rückhaltlose Bekenntnis zu dem Grundsatz: Freiheit und Recht für alle Klassen! Müdet man nicht den Mut zu einer solchen Politik, so ist dieser Krieg für das Volk umsonst geführt. Die Masse, die jetzt unter unermeßlichen Opfern der Zukunft des Landes freie Bahn schafft, wird es sich niemals gefallen lassen, wenn man auf die Frage nach ihrer eigenen Zukunft mit der Aufrechterhaltung der Sperren antwortet, die die Masse von der Teilnahme am öffentlichen Leben fernhalten, wenn man antwortet mit der Fortführung jener Rechtspolitik, die schon vor dem Kriege das Verhältnis zwischen Arbeiterkraft und Staatsgewalt zu einer Spannung verwickelt hat, die schließlich nur ein freies Deutschland sein kann. Niemand hat die deutsche Arbeiterbewegung vor ähnlichen Aufgaben gestanden, niemals war ihr die geschichtliche Situation so günstig. Man würde das Wort von dem großen Augenblick, der ein kleines Geschlecht fand, niemals mit größerem Rechte anwenden können als auf die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie sich die Gunst der Stunde durch inneren Haß verschmerzen wollte.

Notizen für Gasarbeiter

Mülhausen i. G. Unser Verband hat mit der Mülhausemer Gasgesellschaft im März 1911 einen Tarifvertrag abgeschlossen, in welchem u. a. bestimmt war, daß die bisherige Arbeitsweise beibehalten werden sollte. Im Herbst 1912 führte die Direktion nun doch noch eine andere Arbeitsweise ein, welche für die Arbeiter viel anstrengender war, weshalb sich unser Verband dagegen wehrte. Im Verlauf der Differenz verpflichtete sich die Direktion, mit Ablauf des Tarifvertrags die achtstündige Schichtarbeit einzuführen, wie sie in allen anderen Gaswerken, mit Ausnahme von Strößburg und Mülhausen, durchgeführt ist. Am 31. März d. J. nun war der Vertrag abgelaufen. Da die völlige Erneuerung des Tarifs während des Jahres unmöglich erschien, schloß man sich, die achtstündige Schichtarbeit wie vorgesehen einzuführen, eine Feuerungszulage von 30 Pf. ab 1. April zu bezahlen und die übrigen Punkte bis drei Monate nach Friedensschluß zu vertragen. Die Direktion des Gewerks wollte nun der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit mit dem Einwand antworten, daß die demotivale schlechtere Arbeitsweise von 1912 nicht beibehalten werden sei, sie konnte jedenfalls unter Staatsaufsicht nicht, da es eine französische Gesellschaft ist, so hat der staatliche Aufsichtskommissar, der Generalsekretär der Stadt Mülhausen, Herr Schulz, mit zu entscheiden. Derselbe stellte sich annehmend in die Mitte und ist dafür, daß die Achtstündenschicht, sobald es die Umstände erlauben, eingeführt wird, weil nämlich die Direktion der Meinung ist, daß in Mülhausen nicht 19 bis 17 Arbeiter aufzutreiben sind, welche Feuerungsarbeit machen können. Trotzdem aber die Gasarbeiter so rasch zu sein scheinen, soll nicht ohne Weiteres eine Feuerungszulage eingeführt werden, sondern Direktion und Aufsichtskommissar wollen eine Lohnzulage gewähren, wenn sich nach Vergleich mit anderen Städten herausstellt, daß die Mülhausemer Gasarbeiter zu niedrig bezahlt sind. Also auch eine ziemlich deutliche Ermittelung. Der Vertrag selbst soll drei Monate nach Friedensschluß erneuert werden. Also teilweise ist der Aufsichtskommissar der Gesellschaft schon beigegebenen. Es wird sich ja nun zeigen, ob in puncto Achtstündenschicht und Lohnzulage etwas geschieht oder ob trotz Staatsaufsicht der „Lumpen“ dazu benützt wird, die berechtigten Wünsche der Arbeiter zu umgehen.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 12. April 1915.

Die Unentschiedenheit der Kriegsoperationen hält weiter an. Wohl tobt fast auf der ganzen Karpatenfront die Schlacht, und die russischen Angriffe sind noch immer sehr zahlreich - aber auch die Gefangenen, die von der deutsch-österreichischen Armee gemacht werden. Laut amtlichem Bericht befanden sich am 1. April 1915 in deutscher Gefangenschaft: Franzosen: Offiziere und sonstige im Offiziersrang stehende Personen 3888, Mannschaften 238 496; Russen: Offiziere usw. 5110, Mannschaften 591 210; Belgier: Offiziere usw. 647, Mannschaften 39 620; Engländer: Offiziere usw. 520, Mannschaften 20 307; zusammen 812 803. Seit 1. November 1914 (432 217) hat sich die Zahl also verdoppelt, seit 31. Dezember 1914 (586 013) um eine Viertel-million vermehrt! - Auch im Westen steht nun eine neue Offensive zwischen Maas und Mosel ein. Nach dem glaubwürdigen deutschen Bericht erforderte diese „Offensive“ indessen ungeheure Mutopfer bei den Franzosen, eine daß sie ironischweise Dauererfolge aufweisen können, die französischen Berichte sprechen zwar von 3 Kilometer tiefem Vordringen usw., dauernd lassen sich Schloppen indessen nicht verzeichnen; es kommt also darauf an, ob die französische Offensive weiter anhält und die angegebenen Erfolge noch nachträglich erzielt. Das erscheint indessen wenig wahrscheinlich. - Von den Dardanellen dort man fast nichts, die Truppen scheinen sauer zu sein. - Der Unterseebootkrieg erfordert jeden Tag mindestens ein englisches Handelschiff, dazu hier und da französische; er kostet uns bis jetzt freilich auch bereits fünf Unterseeboote, darunter U 29 mit Kapitän Weddigen und seiner tapferen Mannschaft. - In russischen offiziellen Zeitungen werden „Arbeitsmöglichkeiten“ erwohnen, die aber abseits von allen Wahrscheinlichkeiten liegen. Leider ist gegenwärtig noch in keinem der freigabenden Länder einwirkende Friedenssehnsucht zu bemerken. Die Menschheit muß wohl noch weiter am europäischen Völkerverderben sitzen, ehe Genesung eintritt.

Nachstehend Einzelvorgänge: 4. April. Französische Angriffe im Argonner Walde und bei Pont à Mousson waren erfolglos. - Desgleichen russischer Angriff bei Marianski Polje (südlich Gumbinnen). - Russischer Vorstoß bei Mice Wladim am südlichen Dnepr von den Osterröndern zurückgeworfen. 1100 Gefangene, 7 Maschinengewehre. - 5. April. Beginn französischer Offensive zwischen Maas und Mosel im östlichen Verdun, Ailly, Apremont, Arches und Pont à Mousson. - Russische Angriffe bei Lugansk und Malowaja (nördlich Suwalki) erfolglos. - Die Karpatenschlacht nimmt weitere Ausdehnung. Die Osterrönder erobern 2 Geschütze, 7 Maschinengewehre, 5000 Gefangene. - 6. April. Bei Andzejewo, 30 Kilometer südlich von Remele, Kampf deutscher Kavallerie gegen zwei russische Infanteriebataillone. Deutsche Verluste 6 tote, 4 verwundet; 5 Offiziere, 360 Mann gefangen, 120 tote, 150 Unterverwundete. - Deutsches Unterseeboot U 29 mit Kapitänleutnant Weddigen untergegangen. - 7. April. Die Zahl der während der Unterseeboottage gemachten Gefangenen in der Karpatenschlacht ist auf 10 000 gestiegen. - 8. April. Der von deutschen Truppen am 6. April aufgeborene Ort Dre Grachten am Niemenal (Klaiborn) zurückerobert. 122 gefangene Belgier, 5 Maschinengewehre. - Reims wird bombardiert. - Angriffe der Franzosen in den Argonnen abgeblieben. - In der Schlacht zwischen Maas und Mosel blieben französische Angriffe weiter erfolglos. - In den Karpaten greifen die Russen unter Kommandoführer Einföhrung ihrer Truppen immer von neuem an. 1500 unverwundete Gefangene. - 9. April. In zweitägigen Kämpfen bei Malwarja wurden russische Angriffe unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. - In den Karpaten eroberten deutsche Truppen eine seit 5. Februar unstrittene Höhe, 1000 Gefangene, 15 Maschinengewehre. Die übrigen Kämpfe in den Karpaten brachten 1050 Gefangene. - 10. April. Südlich von Dre Grachten drei von Belgiern besetzte Geschütze erobert. 40 Gefangene. - Bei Albet (Nordfrankreich) 50 Gefangene. - In der Schlacht zwischen Maas und Mosel wurden 800 Gefangene gemacht, 11 Maschinengewehre erobert. - Promierz (nördlich Ploest und nordwestlich Verdun) erobert. 50 Gefangene, 3 Maschinengewehre. - In den Karpaten 720 Gefangene, 2 Maschinengewehre.

Rus den Stadtparlamenten

Kriegs-Teuerungszulage.

Berlin. Der Magistrat hat beschlossen, den Angestellten der städtischen Straßenbahn bis zu einem Jahres Einkommen von 2000 Mark eine Kriegszulage von 10 Mk. monatlich ab 1. April zu zahlen.

Charlottenburg. Die Stadt gewährt schon seit dem Jahre 1909 ihren Arbeitern, die mehr als drei Kinder haben, eine Familienzulage. Um nun bei der jetzigen Lebensmittelerhöhung den städtischen Arbeitern und Angestellten, die überhaupt Familie haben, die Sorge um den Haushalt während des Krieges zu erleichtern, beantragt der Magistrat der Stadt Charlottenburg bei den Stadtverordneten, den städtischen Arbeitern, Privatdienstverpflichteten und Beamten mit einem jährlichen Dienst Einkommen von nicht mehr als 2000 Mk. vom 1. April d. J. ab für die Dauer des Krieges eine Kriegsteuerungszulage in Form einer Familienzulage zu gewähren. Die Zulage beträgt monatlich für jedes Kind bis zum vollendeten 16. Lebensjahre 6 Mk. Denjenigen Arbeitern, die bereits eine Familienzulage erhalten, soll ein Zuschlag von 2 Mk. für den Monat und jedes Kind gewährt werden. Die erste Zahlung soll am 1. Mai erfolgen. Ferner gibt der Magistrat an die verheirateten städtischen Arbeiter zur Erleichterung der Lebensmittelbeschaffung aus städtischen Beständen Speisekartons zum Einkaufspreis ab.

Görlitz. Die städtischen Arbeiter ersuchten Anfang März die Stadtverwaltung um Gewährung einer Teuerungszulage von 50 Pf. pro Tag. Dem Antrag wurde infolgedessen stattgegeben, als die Minderzulagen, welche den städtischen Arbeitern seit einiger Zeit gewährt sind, um 100 Proz. erhöht wurden. An Minderzulagen werden gezahlt:

Table with 4 columns: 'bisher', 'jetzt ab 1. April 1915', and two columns of 'bei 1 Kind' and 'bei 2 Kindern' with corresponding amounts in 'Mk.' and 'Pf.'.

Die kinderlosen städtischen Arbeiter gehen nach dieser Regelung leer aus. Nach außen hin macht die Bewilligung einen guten Eindruck, während das Resultat in Wirklichkeit nicht glänzend ist. Die für die Erhöhung der Minderzulage vorerwähnte Summe wurde auf 80 000 Mk. veranschlagt. Trotzdem sind die sozialdemokratischen Stadtverordneten alle Mühe geben, um auch für die unbeschäftigten Arbeiter und solche, deren Kinder schon aus der Schule entlassen sind, etwas herauszufischen, es war vergebens. -- Wie die Oberfelder Stadtverwaltung Sozialpolitik treibt, ist aus nachfolgendem ersichtlich: Die Erhöhung der Minderzulage in unter allen Umständen zusammen mit der Unterstützung für Kriegervfamilien, welche die Stadt den Angehörigen der eingeschlagenen städtischen Arbeiter gewährt, zu beurteilen. Die Stadt zahlt an alle Kriegervfamilien als Unterstützung für die Ehefrau 31,50 Mk. und für jedes Kind 10,50 Mk. monatlich einschließlich der städtischen Unterstützung. An die Angehörigen der städtischen Arbeiter mit einer Dienstadt bis zu 5 Dienstjahren 50 Proz., mit 5-10jähriger Dienstadt 60% Proz., und mit mehr als 10jähriger Dienstadt 75 Proz. des Lohnes inkl. der staatlichen Unterstützung. Das Verhältnis stellt sich nun folgendermaßen: Der Arbeiter A. ist über 10 Jahre bei der Stadt beschäftigt und hat einen Lohn von 1,200 Mk. pro Tag, dazu 7-Minder unter 16 Jahren, sein Lohn würde demnach betragen: 25 Arbeitsstage pro Monat, gerechnet a 1,200 Mk. = 107,50 Mk., dazu die erhöhte Minderzulage von 42 Mk., insgesamt 149,50 Mk. A. ist nun zum Heeresdienst eingezogen. Seine Frau erhält nun die allgemeine Unterstützung von monatlich 31,50 Mk., für 7 Kinder a 10,50 Mk. von monatlich 73,50 Mk., insgesamt 104 Mk. Da A. über 10 Jahre im Dienst der Stadt war, können seine Angehörigen an Unterstützungen insgesamt bis 75 Proz. des Lohnes beziehen, 75 Proz. von 149,50 Mk. sind und 112 Mk. Die Stadt zahlt somit zu den 104 Mk. nur 8 Mk. zu. Aus obigen Beispiel ist ersichtlich, daß die Stadt trotz der erhöhten Minderzulage sehr wenig aufwendet. Die meisten städtischen Arbeiter, welche Kinder unter 16 Jahren haben, sind zum Heeresdienst eingezogen; somit sieht die Bewilligung nach außen schon aus, in Wirklichkeit haben die städtischen Arbeiter wenig Vorteil davon.

Frankfurt a. M. Die von den städtischen Behörden im Juli 1911 gefassten Beschlüsse über Gehalts- und Lohnregulierungen wurden bekanntlich wegen des Krieges zurückgelassen! Wegen der inzwischen eingetretenen Steigerung der Lebensmittelpreise hat der Magistrat aber im Winter einzelne Lohnerhöhungen eingeführt und jetzt weitere Erhöhungen für die unteren Lohnklassen mit Wirkung vom 1. April ab beschlossen. Zunächst wurde den unabhängig Arbeitern, die verheiratet sind, der Mietzuschuß von 20 Pf. täglich schon vom Eintrittstag ab gewährt und den unabhängigen Arbeitern mit Kindern ein weiterer Zuschuß von 20 Pf. vom 1. April an sollen auch alle ständigen Arbeiter der Lohn-

klassen I und II, das sind die ungelernen Arbeiter, soweit sie Kinder haben, bis zur endgültigen Regelung der Lohnverhältnisse einen Zuschuß von 20 Pf. erhalten; ferner sollen alle ständigen und unabhängigen Arbeiter der Lohnklasse I und II, deren Grundlohn einschließlich Lohnzuschlag noch nicht 4 Mk. beträgt, künftig 4 Mk., diejenigen der Lohnklassen III und IV, die noch nicht 4,40 Mk. haben, 4,40 Mk. täglich erhalten. Endlich sollen die Mathauspustjanen eine Lohnerrhöhung von 4 Pf. die Stunde erhalten.

Münch. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Bisher wurde die Entlohnung der einberufenen städtischen Arbeiter derart vorgenommen, daß ihnen die reichsrechtliche Familienunterstützung auf den vollen Lohnbetrag erhöht wurde. Da aber den städtischen Beamten und Bediensteten auf Grund gesetzlicher Bestimmungen das volle Gehalt bezahlt werden muß, hat der Magistrat beschlossen, auch den städtischen Arbeitern die vollen Löhne zu zahlen.“

Münch. (Kriegsteuerungszulage.) Die Stadtverordneten stimmten in ihrer Sitzung vom 26. März einer Magistratsvorlage zu, welche die Gewährung einer Kriegsernährungszulage (Teuerungszulage) vorsieht. Bei Begründung dieser Vorlage bemerkte Stadtrat Dr. Reld, daß die städtischen Arbeiter einen Antrag auf Gewährung einer Lohnzulage von täglich 30 Pf. gestellt hätten. Der Magistrat habe sich aber nicht entschließen können, eine gleichmäßige Zulage zu geben, diese vielmehr nach der Kopfzahl der Familien abzustufen beschlossen. Es wird also gewährt: a) 1. für jeden im städtischen Dienst stehenden männlichen oder weiblichen Arbeiter täglich 20 Pf.; 2. sofern derselbe Familienoberhaupt ist, täglich 10 Pf. für die Ehefrau, und 3. täglich 10 Pf. für jedes Kind unter 14 Jahren. Die Zulage wird für jeden Malendertag gewährt und wöchentlich nachträglich mit dem Arbeitslohn ausbezahlt. Die Zulage tritt in Kraft vom Beginn der ersten auf den Beschluß der städtischen Körperschaften folgenden Lohnwoche. b) Die gleiche Zulage wird gewährt den im städtischen Dienst beschäftigten Angestellten und Beamten bis zu einem Jahresgehalt von 1500 Mk. c) Den Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter und Angestellten sowie Beamten bis zu 1500 Mk. Jahresgehalt wird die gleiche Zulage von 10 Pf. pro Kopf und Tag gewährt, wie den Familien der jetzt noch in Arbeit stehenden Arbeiter und Angestellten.

Köln. Auf eine Eingabe unsererseits beschloß die Stadtverwaltung, die im Herbst für die Wintermonate gewährte Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter während der Dauer des Krieges weiter zu zahlen. Diese Zulage beträgt: Für verheiratete Arbeiter pro Tag und Person 30 Pf., für ledige Arbeiter pro Tag und Person 20 Pf.

Magdeburg. Folgenden Antrag der Arbeiteraussschüsse um Gewährung einer Teuerungszulage hatte der Magistrat an das Stadtverordnetenkollegium gestellt:

„Mit Rücksicht auf die infolge des Krieges bei den notwendigen Lebensmitteln eingetretene Teuerung halten wir es für angebracht, während der Dauer dieser Teuerung eine Kriegsteuerungszulage im gewissen Umfange zu gewähren. Zweck dieser Zulage kann es nicht sein, einen vollen Ausgleich zu schaffen, denn während des Krieges muß sich jeder einschränken, sie soll nur denen, die in den unteren Einkommensstufen stehen und daher die Teuerung am schwersten empfinden, eine gewisse Erleichterung verschaffen. Wir beabsichtigen daher, den städtischen Arbeitern einen Lohnzuschlag von täglich 30 Pf. zu geben und im gleichen Jahresbetrage eine Zulage den Angestellten, Lehrern, Lehrerinnen und Beamten, soweit ihr jährliches Dienst Einkommen 2000 Mark nicht übersteigt. Der Billigkeit halber wollen wir auch denjenigen Beamten, die zwar mehr als 2000 Mk. Jahresgehalt beziehen, ohne Zulage oder schlechter stehen würden als jüngere Beamte, die eine Zulage erhalten, sowie als Zulage gewähren, daß sie denjenigen gleichstehen, die ein Gehalt von 2000 Mk. und Teuerungszulage beziehen. Ferner wollen wir auch den Vertreterinnen von Lehrern, die stundenweise vertreten und für die Stunde 1,25 Mk. erhalten, eine Zulage von 5 Pf. für die Stunde bewilligen. Dagegen wollen wir bei der in diesem Umfange beabsichtigten Teuerungszulage nicht auch die Arbeiter auf unsere Güte in Mitleidenschaft beruhten. Auf dem Lande liegen die Lebensverhältnisse anders wie in der Stadt, auch müssen dort die Löhne in einem gewissen Einklang mit denen der benachbarten Güter gehalten werden, so daß erst noch besonders geprüft werden muß, ob und in welcher Höhe auch für die städtischen Arbeiter in Mitleidenschaft eine Kriegsteuerungszulage erforderlich erscheint. Wir sind bereits in Erwägungen hierüber eingetreten, wollen aber erst nach den Ausschuss für die Mitleidigen Gut- und Mietswirtschaft hören.“

Soweit wir nach Vorstehendem Kriegsteuerungszulagen zu gewähren gedenken, werden sie, auf ein Jahr berechnet, betragen: für Beamte rund 14 000 Mk., für Lehrer, Lehrerinnen und Vertreterinnen rund 23 200 Mk., für Angestellte und Arbeiter rund 269 800 Mk., insgesamt rund 307 000 Mk.

Da es sich hierbei um Mitleid handelt, die zur Vinderung der durch den Krieg entstandenen Not erforderlich werden, wollen wir sie aus dem für diesen Zweck bereitgestellten Kriegsfonds decken.

Wir ersuchen daher die Stadtverordnetenversammlung, sich mit einer Kriegsteuerungszulage in dem oben bezeichneten Umfang im Gesamtbetrag von rund 307.000 Mk. jährlich aus dem Kriegsfonds vorbehaltlich endgültiger Abrechnung einvernehmlich zu erklären.
Reimarus. Dr. Schechl."

In der Stadtverordnetenversammlung vom 8. April wurde dieser Antrag angenommen. Die Diskussion drehte sich vorwiegend um den obigen recht unglücklich formulierten Satz der Vorlage, aus welchem herausgelesen werden konnte, daß die Arbeiter auf dem städtischen Gute Mörbelitz von der Zulage ausgeschlossen sein sollten. Das hatte zur Folge, daß diese Arbeiter bereits nahe daran waren, ihre vermeintliche Nichtberücksichtigung mit einer Arbeitsniederlegung zu beantworten. Im Laufe der Verhandlungen wurde nun ausdrücklich festgestellt, daß auch eine Erhöhung der Gutsarbeiterlöhne in Aussicht genommen ist.

Neußlin. Der Antrag der städtischen Arbeiter auf Gewährung einer Teuerungszulage von wöchentlich 3 Mk. wurde im Sonderauschuß für die Regelung der Gehälter der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter während der Kriegszeit gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Mitglieder abgelehnt, nachdem sie sowohl der Magistrat wie die Lohnkommission für Ablehnung ausgesprochen hatten. Für die Ablehnung war in erster Linie die Auffassung der Lohnkommission maßgebend, daß es bei den augenblicklichen Löhnen möglich sei, genügend Arbeitsschäfte zu erhalten. Die Frage der Kostlage wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß augenblicklich alle Arbeiter, auch die Wohlhabenden, sich Einkünften auslegen müssen. Man müsse also auch von den städtischen Arbeitern Löhner verlangen. Der Wochenlohnplan eines städtischen Arbeiters mit 30 Mk. Verdienst, der von einem sozialdemokratischen Mitgliede vorgelesen wurde und der trotz äußerer Beschränkung mit einem Defizit von 257 Mk. abschloß, wurde als richtig anerkannt, es wurde auch festgestellt, daß circa 50 Proz. der Arbeiter nur 27 Mk. Wochenverdienst haben, trotzdem erfolgte die Ablehnung. Bewilligt wurde für die Wärter des Krankenhauses eine Erhöhung der Bezüge um 30 Mk. für die Hausdiener um 10 Mk. im Monat. Die Bewilligung erfolgte, weil es unmöglich war, zu den bisherigen Gehältern Personal zu erhalten. Die Anstaltsbediensteten, die bisher 4 Mk. pro Tag erhielten, sollen in Zukunft nach dreimonatiger Fälligkeit 4,50 Mk. erhalten; ein sozialdemokratisches Mitglied, sofort 4,50 Mk. zu zahlen, fand keine Beachtung. Für das Putzmannpersonal, das bisher 4,50 Mk. pro Tag erhielt, wurde folgende Regelung getroffen: Aufgenommen 1,50 Mk. wie bisher, nach einem Monat 1,10 Mk., nach drei Monaten 1,00 Mk., nach sechs Monaten 1,00 Mk. monatlich.

Nordhausen. Die Stadtverordneten beschließen am 31. März, den 91 handigen städtischen Arbeitern vom 1. April bis zum 30. September d. J. eine Teuerungszulage zu gewähren. Die dadurch entstehende Mehrausgabe wurde auf rund 4000 Mk. geschätzt.

Stettin. Am 31. März beschäftigte nach lebhafter Debatte die Stadtverordnetenversammlung allen seit einem Monat ununterbrochen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, deren Einkommen 2000 Mk. (Ledige 1800 Mk.), nicht übersteigt, eine Teuerungszulage, rückwirkend vom 1. März bis zum 30. September dieses Jahres. Die Kriegs-Teuerungszulage beträgt je nach Sinderzahl 3—19 Mk. monatlich.

Suhl. Eine Teuerungszulage für städtische Arbeiter, Angestellte und Beamte haben Magistrat und SV in Suhl (Regierungsbezirk Erfurt) am 19. März beschlossen. Danach erhalten mit rückwirkender Maß vom 1. März ab Teuerungszulagen: Arbeiter bei einem Wochenlohn von 18—21 Mk. wöchentlich 1,50 Mk., von mehr als 21 bis 25 Mk. 1,20 Mk., von mehr als 25—30 Mk. 1 Mk., von mehr als 30 Mk. 60 Pf.; Beamte und dauernd beschäftigt Angehörte mit einem reinen Gehalte von mehr als 1800 Mk. erhalten für jedes zu unterhaltende Familienmitglied, mit Ausnahme der Ehefrau und Wirtschafterinnen, täglich 20 Pf., händig beschäftigte Arbeiter 15 Pf. Die Zulage wird für jedes zu unterhaltende Mitglied unter 17 Jahren, oder für jedes Familienmitglied, das in Bar oder in Naturalien weniger als 1 Mk. für den Arbeitstag erhält, gewährt; sie wird auch gewährt für Sonn- und Feiertage, für die Dauer der Krankheit und in Fällen des § 616 B.G.B. Alle städtischen Angestellten, die im Hauptberuf bei der Stadt beschäftigt sind und die nicht mehr als 50 Mk. monatliche Vergütung beziehen, erhalten eine Teuerungszulage von monatlich 10 Mk.

Schweinfurt. Das Gemeindefolgeamt stimmte am 30. März dem Magistratsbeschlusse zu, wonach die für die Arbeiter im Gaswerk für 1914 gewährte Teuerungszulage von 60 Mk. ab 1. Januar 1915 in Bezug genommen. Dagegen wird der Stundenlohn für Arbeiter, der Monteur, Feuerkammerarbeiter und Deizer um 5 Pf., der händigen Tagelöhner um 4 Pf. erhöht. Diese Lohnerhöhung wird vom 1. Januar 1915 rückwirkend gewährt. Weiter wird den Arbeitern der freie Bezug von 18 Zentner Mehl im Jahre gewährt. Der Anfangslohn wird für neuereinstellende Arbeiter auf 4 Mk. und der Lohn neuereinstellender gelernter Arbeiter nach Uebereinkunft festgesetzt.

Aus unierer Bewegung

Berlin-Treptow. Die Gemeindegewerkschaften haben beschlossen, dem Gemeindevorstande einen Antrag auf Zahlung einer Kriegsteuerungszulage von wöchentlich 3 Mk. zu überreichen.

Darmstadt. Den Kollegen zur Mitteilung, daß wir im Gewerkschaftsbau kein Verbandsbureau haben, sondern die Leitung der Ortsverwaltung liegt in den Händen des 1. Vorsitzenden Kollegen Monrad M. d. H., Arbeiter Er. 50, die Geschäftsführer des Kassierers erledigt Kollege Friedrich Wedel, Moosbergstr. 69.

Holberg. Am 2. April tagte hier eine gut besuchte Versammlung. Jedenfalls hat die Teuerung die Kollegen darüber belehrt, daß die in letzter Zeit an den Tag gelegte Saumlässigkeit von Hezel in Holberg Marose-Berlin referierte über: "Die Kriegsteuerung und die Löhne der städtischen Arbeiter". Seine Ausführungen fanden allgemeines Zustimmung. Auch von den Kollegen wurde zum Ausdruck gebracht, daß ihre jetzige Lage unerträglich sei und schlugen sie vor, eine Eingabe um Gewährung einer Teuerungszulage an den Magistrat einzureichen. Nach Schluß der Diskussion wurde dann einstimmig beschlossen, eine Teuerungszulage von 5 Pf. beim Magistrat zu beantragen. Die Genehmigung wurde mit der Ausarbeitung der Eingabe beauftragt und zur Unterzeichnung eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt. Die Kollegen mögen nun mehr als bisher dafür sorgen, daß die Säumnisse ausgeräumt werden, damit die Gesamtbeiträge der städtischen Arbeiter hinter der Eingabe nicht.

Lahr. Unsere hiesigen Mitglieder im Gaswerk haben einen Antrag auf Gewährung einer Lohnerhöhung von 50 Pf. täglich an die Stadtverwaltung eingereicht.

München. Die enorme Verteuerung der Lebenshaltung während des Krieges veranlaßte auch die Münchener Gemeindegewerkschaft die Stadtverwaltung um Verwilligung einer Teuerungszulage zu ersuchen. Eine am Dienstag abgehaltene, hart besuchte Versammlung nahm hierzu Stellung. Gaukler Weigl hielt das einleitende Referat. Anschließend daran verlas Kollege Weigl über das Ergebnis der letzten Vertrauensmannerversammlung, die bezüglich der zu verlangenden Teuerungszulage Vorschläge machte. Zustimmung wurde dort teils ab 1. April 1915 für alle Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der invaliden Arbeiter und der Gruppen, die außerhalb der allgemeinen Arbeitsordnung stehen, zu verlangen". Es wäre wohl schon früher an der Zeit gewesen, ein derartiges Ersuchen an die Stadtverwaltung zu richten. Allein die Arbeiter haben dies nicht mit Rücksicht auf die finanziellen Mehraufwendungen, welche die Stadt während des Krieges zu verzeichnen hat. Die Teuerungszulage in der verlangten Höhe entspricht nicht den wirklichen Mehraufwendungen, die jetzt infolge der Teuerung zu machen sind. Die Gemeindegewerkschaften werden jedoch nicht unbedeutend sein, erwarten aber, daß die städtischen Kollegen die Zulage in der verlangten Höhe gewähren. Nach der Calwerischen "Konjunktur" berechnen sich die Löhne für den Lebensmittelaufwand im Monat Dezember auf 25,71 Mark. Ein derartiges Einkommen hat aber der größte Teil der Gemeindegewerkschaften nicht. Die Anfangslöhne haben zum Teil noch nicht einmal die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes erreicht. Dies ist z. B. bei der königlich bayerischen Heeresverwaltung für die Arbeiter in den technischen Berufen nicht mehr zu finden. Die Verteuerung der Lebenshaltung hat bereits in den ersten fünf Monaten des Krieges für eine vierköpfige Familie um 32 Mark pro Woche zugenommen. Diese Feststellungen dürften vollumfänglich genügen, um das Verlangen nach einer Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen zu begründen. Es ist zu hoffen, daß die Behandlung dieser Angelegenheit von den städtischen Kollegen beschleunigt wird; denn die gegenwärtigen Zeitverhältnisse erfordern ein schnelles Handeln. In der Diskussion wurden die Ausführungen der beiden Referenten durchaus bestätigt. Die Versammlung erhob hierauf den Vorschlag der Vertrauensmannerversammlung zum Beschluß.

Nabeaue. Mitte März richtete die Organisation im Auftrage der Gemeindegewerkschaft eine Eingabe an den Gemeindevorstand, in welcher in förmlicher Form um eine Teuerungszulage für die Gemeindegewerkschaften ersucht wurde. Nach dem Bericht der "Treptower Volkszeitung" über die Sitzung des Gemeindevorstandes, in welcher die Zulage behandelt wurde, scheint die Gemeindevorstande eine recht freundliche "Prüfung" des Gesuches vorgenommen zu haben. Die "Prüfung" des Gesuches durch die Gemeindevorstande habe ergeben, daß von den 19 von der Gemeinde beschäftigten Arbeitern nur 7 der Organisation angehören, von diesen seien nur drei in der betreffenden Versammlung gewesen, wo ihnen etwas vorgelesen worden sei, aber beauftragt hätten sie niemanden. Nebenbei sei mitgeteilt, daß dieses Resultat der Prüfung in jeder Hinsicht falsch ist! Also darauf hat sich die Prüfung des Gesuches erstreckt, nach darauf, wie man annehmen konnte, dazu von einer obersten Behörde, ob die gegenwärtige Kostlage der Gemeindegewerkschaften eine Teuerungszulage rechtfertigt. Zwar hat der Bau-

auszuschließen, dem die Sache zur Begutachtung übergeben wurde, gefanden, (!) daß die Lebensbedingungen durch die hohen Preise schwerer seien, die Feuerung treffe jedoch alle Bevölkerungsklassen und nicht nur die Gemeindegewerkschaften. Der Vauauschluß habe den Interzeichner der Eingabe nicht als Beauftragten der Gemeindegewerkschaft anerkannt und schlägt vor, auf die gegenwärtige und alle künftigen Eingaben des Verbandes nichts zu verfügen, diese vielmehr auf sich beruhen zu lassen. Der Gemeinderat beschloß gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter, dem Gutachten beizutreten. Daß die Feuerung alle Bevölkerungsklassen eine viel ungünstigere Wirkung auslöst, ebenso daß eine Anzahl Gemeindegewerkschaften die Feuerung anerkannt haben und die dadurch hervorgerufene Notlage durch Gewährung einer Feuerungszulage zu mildern beabsichtigt gewesen sind, scheint der Gemeinderat von Nadebeul nichts zu wissen. Die Wirkung, die sich die Gemeindegewerkschaften von ihrem, in dieser Zeit in doppelter Beziehung wenig verständlichen Verhalten verspricht, wird nicht eintreten. Schon früher hat der Gemeindevorstand versucht, die Arbeiter von der „Auslosgleichheit der Organisationszugehörigkeit“ zu überzeugen, es ist ihm nicht gelungen. Gerade diese Behandlung ihrer Forderung muß die Gemeindegewerkschaften belehren, daß sie nur durch vollständigen Beitritt zur Organisation zu ihrem Rechte kommen können.

Nastat. Angesichts der gegenwärtigen Feuerung in unserer von Militär überfüllten Stadt haben die Gasarbeiter einen Antrag auf Gewährung von 50 Pf. Feuerungszulage an die Stadterwaltung eingereicht.

Strasbourg i. G. (Von der Garnisonfeuerwehr.) Mir Anlaß des Krieges in durch Vernehmung des Feuerwehrrationalen die Garnisonfeuerwehr gebildet worden, welche einen militärischen Kommandeur erhielt. Die Stadt bezahlt den Berufsfeuerwehrlenten einen Zuschuß zu ihren militärischen Bezügen, so daß sie auf ihren vorherigen Lohn kommen, den übrigen Feuerwehrlenten werden Zuschüsse bezahlt, daß sie auf 120-130 Mk. monatlich kommen. Die Berufsfeuerwehrlente und ein Teil der andern, welche Mitglieder des Gemeindegewerkschaften waren, zahlen ihre Beiträge fort, da sich in ihren Einkommensverhältnissen nichts geändert hatte. Ihnen ist nun verboten worden, ferner dem Gemeindegewerkschaften anzugehören resp. Beiträge zu bezahlen! Diese Verfügung ist nicht vom Kommandeur der Garnisonfeuerwehr, sondern vom dem neuen Militärpolizeimeister von Rufsch erlassen worden.

Die Gemeindegewerkschaften von Schillingheim haben vor zwei Jahren eine Arbeitsordnung erhalten, welche nach etwa zwei Jahren, also heuer, revidiert werden sollte. Die Zeit ist nun einer Gehaltsrevision wenig geeignet. Andererseits sind die Löhne von 3 Mk., 3,20 Mk. bis 3,70 Mk. zu gering, namentlich in den jetzigen teuren Zeiten, um den Arbeitern auch nur das notwendige Auskommen zu ermöglichen. Deshalb haben sie einen Antrag auf Gewährung einer Feuerungszulage von 30 Pf. eingebracht, ein Antrag, der noch unter der Mitte der eingetretenen Preissteigerungen bleibt. Der Gemeinderat Schillingheim wird kaum umhin können, dem Antrag zuzustimmen, wenn nicht der Eindruck erwacht werden soll, daß der „Furafrieden“ zur Wiederherstellung der Arbeiterverhältnisse benutzt werden soll.

Rundschau

Waffe und Organisation. Zu den Erscheinungen, die uns in dem Völkerringen unserer Tage besonders deutlich vor Augen treten, gehört unzweifelhaft die Tatsache, daß so ungeheure Massen in Bewegung gesetzt werden wie noch nie. Die Zahlen, die uns da entgegen treten, sind so groß, daß ihnen gegenüber jede Vorstellungskraft versagt. Wenn wir hören, daß dreißig Millionen Männer ins Feld gestellt werden, daß mehr als zehnmal so viele Personen im Kriegszustand leben und daß etwa doppelt so viele Milliarden als Kriegskosten aufgewendet werden, so haben wir zwar das Gefühl von etwas Ungeheuerem, Niederdrückendem, Gewaltigem, aber es fehlt uns der absolute Maßstab vollständig. Wir sind geneigt, die großen Zahlen in ihre immer noch großen Bestandteile zu zerlegen und diese miteinander zu vergleichen, um zu einfachen und faßlichen Verhältnissen zu gelangen. Nehmen wir zum Beispiel an, die Mannschaften der Zentralmächte verteilen sich ihrer Zahl nach zu denen der Verbündeten wie zwei zu drei, so glauben wir einen rednerisch genauen Maßstab für die wirkliche Macht der beiden Teile gefunden zu haben. Und doch wäre dieser Schluß, zu dem wir durch die Berechnung der Zahl gekommen sind, ein falscher. Denn es ist nicht richtig, daß die absolute Zahl das Entscheidende ist. Wir sollten das gerade aus der Geschichte der Gegenwart lernen. Im Massenkampf herrschen noch heute die Wenigen über die Vielen. Im englischen Weltreich beherrschen 50 Millionen Engländer 400 Millionen Untertanen. Japan mit seinen 50 Millionen Einwohnern ist den 400 Millionen Chi-

neseu ein überlegener Gegner. Hindenburg besiegt die vielfach überlegenen Russen durch seine Strategie und durch die ausdauernde Tapferkeit seines Heeres, das heißt dadurch, daß er imstande ist, durch Gewaltmärsche und Eisenbahntransporte dieselben Truppen teile zu wiederholten Malen an verschiedenen Orten und gerade da einzusetzen, wo sie zur Entscheidung erforderlich sind. Was wir sprachlich durch eine Zahl oder durch ein Wort — Armee, Staat — zusammenfassen, ist eben in Wirklichkeit keine gleichmäßige Einheit. Wir trennen begrifflich aus Bequemlichkeitsgründen des Denkens und des Ausdrucks, dürfen aber nie vergessen, daß die Dinge oder Erscheinungen, die wir zusammenfassen, doch innerlich vielfach unterschieden und nach außen keineswegs fest begrenzt sind. Die Wirksamkeit der Masse kann nicht durch bloße Summierung ihrer Bestandteile gewonnen werden, sondern durch die Art und Weise, in der diese Bestandteile selbst in jedem Falle in ihrer Aktion einander unterstützen und ergänzen oder behindern. Ein Poch Eisen zwischen zwei entgegengesetzten Dampfkräften bleibt unbeweglich; ein aus der gleichen Waffe erdruete, von den beiden summierten Dampfkräften getriebene Lokomotive verrichtet nützliche Arbeit. Ein Staat, in dem die Agrarier nach der einen, die Industriellen nach der anderen Seite zeren, in dem der eine Teil der Verwaltung hemmt, was der andere unternimmt, kann keine positive Arbeit leisten, ebensowenig wie eine Menge über ein Territorium zerstreuter Menschen, die keine gemeinsamen, gleichgerichteten Handlungen vollziehen und keine gemeinsame Verwaltung besitzen. Es ist also die Organisation, die die Wirksamkeit der Masse bestimmt. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist mit der Monopolisierung der Produktionsgüter durch eine bestimmte Klasse dafür gesorgt, daß die Kapitalisten die Wirkung der Gesamtwirksamkeit bestimmen. Die Gewerkschaften können um so wirksamer ihre Zwecke verfolgen, je mehr von ihrer persönlichen Arbeit und von ihrem Gelde die Mitglieder zu gemeinsamer Vertretung liefern, je einheitlicher die verfolgten Interessen sind und je größer der Anteil jedes Abos ist, den der einzelne auf dem Altar der Gemeinlichkeit opfert. Die ideale Organisation wäre diejenige, die unter einheitlicher Leitung, einen einheitlichen Zweck verfolgend, die ganze Persönlichkeit dauernd ergreifen würde, ein Ideal, das der drückerlichen Kirche vorzuschwebte, aber natürlich auch von ihr niemals erreicht worden ist. Von da bis etwa zur Verbreitung zweier Touristen zu einem gemeinsamen Ausfluge liegen unendlich viele Abstufungen der Organisation, die sich nicht nur durch die Masse, sondern durch den Grad ihrer Intenstität und ihrer Wirksamkeit voneinander unterscheiden.

Gegen den Kriegswucher. In der Zeitschrift „Die Tat“ beschäftigt sich Dr. Heinz Rothhoff eindringlich mit dem Problem des Kriegswuchers. Geradezu entsetzt sieht Rothhoff vor den Erscheinungen, die der Kapitalismus während des Krieges angenommen hat: „Wie war das deutsche Geschäftsleben so unsozial wie jetzt! ... Ohne Ausnahme finden auf allen Gebieten Preissteigerungen statt, auch wo von einer Erhöhung der Herstellungskosten gar keine Rede ist. Jeder nimmt, was er kriegen kann. Der Wucher ist zur allgemeinen Verkehrsart geworden. Und was das schlimmste ist: er wird tagtäglich als Sünde anerkannt. Während alle andere Moral scharfer geworden, ist die Geschäftsmoral im Krieges larer als sonst.“ Als Mittel gegen diesen Wucher empfiehlt Rothhoff: Selbsthilfe der Konsumenten durch Organisationen der Hausfrauen, Anwendung des § 302e R.Z.G. Wucherparagrafen, nachträgliche Rückforderung bezahlter Ueberpreise bei Preissteigerungen und Ausbau der Vermögenszuwachssteuer, die er in ihrer heutigen Gestalt mit Recht als eine ungemein bescheidene Abgabe charakterisiert: „Soll sich das Reich mit diesem winzigen Anteile auch begnügen gegenüber solchen Gewinnen, die im Krieges und am Krieges gemacht worden sind? Das wäre geradezu ein Vohn auf die vielen, die sich mühsam über Wasser halten; auf die vielen, die Beruf und Erwerb verlieren, weil sie dem Vaterlande dienen; auf die vielen, die für den Reichtum der anderen bluten und sterben. Wenn wir eine soziale Geschäftsmoral hätten, wenn das wuchernde soziale Verhältnis der Gegenwart nicht gerade am Geschäftes fast spurlos vorübergegangen wäre, so wäre es selbstverständlich, daß niemand im Krieges sein Vermögen wachien ließe; daß sich jeder idente, größere Gewinne als sonst zu machen; daß jeder den Ueberübers, zum mindesten doch den Ueberübers seiner Einnahmen über seine üblichen Ausgaben, also seinen Vermögenszuwachs, der Allgemeinheit, dem Liebesdienste, dem kämpfenden Heere, den Vermundeten, den Hinterbliebenen zur Verfügung stellte; reitlos! Da unsere Wirtschaftsmoral leider das Gegenteil beiaat, da sie den Wucher zum allgemeinen Prandie macht und viele Vermögen wachien läßt, muß das Reich mit Steuererzwingung sich einen Anteil sichern. Aber nicht ein Hunderttel des Gewinnes oder noch weniger, wie das Vermögensgesetz heute vorschreibt, sondern mindestens ein Zehntel, monatlich ein Viertel oder noch lieber die Hälfte. Mit anderen Worten: vor dem Ende des Jahres 1916 muß eine gesetzliche Bestimmung in Kraft sein, wonach in den Jahren 1917, 1918, 1919 die Zuwachssteuer im fünfundsranzig-

fachen oder im dreifachen, allermindestens aber im zehnfachen Betrage erhoben wird.

Empfehlung einer Teuerungszulage durch eine Unternehmerorganisation. Der Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Bergwerksberufen mit dem Ziel in Ver-... (text continues)

Wer hätte das gedacht? Einen Aprilscherz, der aber doch eines bittereren Hintergrundes nicht entbehrt, lieferte sich die „Frankfurter Volksstimme“, indem sie schreibt: Der Gewerkschaftenverband hat bisher mit dem Magistrat oft in bestiger Fehde gelebt. Um allem Streit für die Zukunft die Spitze zu brechen, hat sich der Magistrat entschlossen, bei allen, das Arbeitsverhältnis der städtischen Arbeiter betreffenden Angelegenheiten den Vertreter des Verbandes als beratendes Mitglied zuzusetzen. Durch diese Einrichtung hofft man, den Streitigkeiten auch über die Dauer des Krieges hinaus zu erkalten.

Wochenhaushaltsetat eines städtischen Arbeiters. Mehr als alle Klagen spricht das nachfolgende Wochenbudget eines Berliner städtischen Arbeiters - das sich im Original in unserer Sänften befindet - von der Not dieser Kriegsjahre für unsere Kollegen. Die Familie besteht aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von vier bis acht Jahren. Der Lohn beträgt pro Tag 5 Mk. gleich 30 Mk. pro Woche. Der Arbeiter steht länger als zehn Jahre in städtischen Diensten.

Table with 2 columns: 'Ausgabe' (left) and 'Für' (right). Lists expenses like 'Für Brot', 'Für Butter', 'Für Milch' and their corresponding amounts in Marks.

Das Defizit beträgt 2,57 Mk.

Hierbei ist zu bemerken, daß keinerlei Mühlagen für Neuanschaffungen in Kleidung, Wäsche, Wirtschaftsgeschäften gemacht sind. Ausgaben für Bier, Zigarren, Rahngelder, Zeitungen sind ebenfalls nicht enthalten.

Hoffnung.

Der Abend sinkt mit Leuchten, ein silberner Bilde brennt die schweren, weiterleuchtenden Tiefen der Wolkenswand.

Sag, Sonne, wirst du siegen? Wird morgen dein goldner Blick über den Tälern liegen? Bringst du ein neues Glück?

Bringst du den Völkern Zeugn? Wird deine Strahlenhand weisen auf blutigen Wegen in das gelobte Land?

Wird uns nach all dem Grauen, das uns Herz aufbricht, ein Himmel wieder blauen, der Mensch zu Menschen führt?

Paula Tebmel.

Totenliste des Verbandes.

- List of names and dates of death: Hans David, Kiel; Gottlieb Fischer, Berlin; Johann Grekel, Fürth; Bernhard Kisch, Kiel; Gottfried Kiesel, Ehlingen; Johann Kupfer, Nürnberg; Heinrich Laibinger, Fürth; Johann Lang, Stuttgart; Kob. Niederhausen, Dresden; Christian Oehrlé, Stuttgart; August Pehelis, Berlin; Max Rauber, München; Joach. Schadendorf, Hamburg; W. Stührenberg, Hamburg.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- List of names and dates of death: Wilhelm Barchet, Stuttgart; Heinrich Dols, Brake; Otto Fischer, Lichtenberg; August Geiger, Stuttgart; Karl Günther, Stuttgart; Theodor Heik, Stuttgart; Max Herpich, Jenseid-Hbg.; Konrad Herrmann, Fürth; Hermann Keiser, Stuttgart; Val. Keiper, Kaiserslautern; Eugen Kuhlmann, Stuttgart; Otto Kummel, Stuttgart; Wilhelm Lang, Stuttgart; Gg. Looser, Frankfurt a. M.; Friedrich Lütjens, Hamburg; Paul Mayer, Stuttgart; Ernst Penkert, Zittau; John Versheid, Hamburg; Gustav Radunz, Berlin; Paul Seidler, Charlottenbg.; Arth. Spangenberg, Apolda; Paul Thomaske, Berlin; Aug. Wegener, Ahrensfelde; Georg Winkler, Chemnitz.

Ehre ihrem Andenken!